

STADTARCHIV MANNHEIM

Archivalien-Zugang 22 / 1980 Nr. 164

PROF. HANS DELBRÜCK.

BERLIN-GRUNEWALD
KUNZ BUNTSCHUHSTRASSE 4.

TELEPHON:
AMT UHLAND 882.

den 12 Januar 1918.

2

Sehr geehrter Herr Doktor,

Der Verfasser des inligenden Offenen Briefes ist der Privatdozent und Invaliden Landsturmann Dr. Hobohm. Soeben höre ich, dass der Abdruck des Briefes in Zeitungen verboten worden ist ; vielleicht hat er aber für Herrn von Kühlmann ein gewisses Interesse, und stelle Ihnen deshalb dieses Exemplar zur Verfügung . Der Verfasser hat ihn mit seinem Namen direkt auch an die beiden Generale geschickt .

Dr. Hans Delbrück
H.
J. v. Kühlmann
Oct. 1918

Deutsche Korrespondenz

Begründet von Martin Wendt im Jahre 1916

Herausgeber u. verantwortl. Redakteur Dr. Martin Hobohm, Charlottenburg 1, Königin-Luisestr. 11
Fernsprecher: Wilhelm 1295 / Postcheckkonto: Berlin 36570

Erscheint einmal wöchentlich. Den Zeitungen wird die Korrespondenz auf Verlangen unentgeltlich zugestellt, und zwar außer in den Großstädten nur je einer Zeitung der Stadt. Der Abdruck geschieht honorarfrei gegen Einsendung eines Beleges. Durch die Post oder durch den Herausgeber bezogen vierteljährlich 1,50 M. ausschließlich Bestellgeld. Einzelnummer 10 Pfennig.

1918

11. Januar

Nr. 2

Von berufener Seite wird uns geschrieben:

Gin klares Kriegsziel!

Neubeteiligung Afrikas; kein status quo ante! Das ist ein klares, koloniales Kriegsziel, das alles enthält, was im Augenblick gesagt werden kann, und das in kolonialen Kreisen umso mehr begrüßt wird, als es von maßgebender Stelle, von dem Staatssekretär des Reichskolonialamts Dr. Solf, in seiner kürzlichen, bedeutsamen Rede in Berlin aufgestellt worden ist.

Die Forderung einer Neubeteiligung Afrikas schließt in sich, daß unser Verlangen sich nicht auf eine mehr oder weniger umfangreiche Verschiebung der Grenzen unserer alten Schutzzonen bezieht, sondern auf eine planmäßige Aufteilung des afrikanischen Kontinents nach maßgebenden Gesichtspunkten ausgeht. Diese Gesichtspunkte sind von Dr. Solf gleichfalls in bestimmter Form entwidelt worden. An Stelle der bisherigen Ungleichheit, die auf Zusätzen, wie das Eingreifen einzelner, taftiger Persönlichkeiten oder gesellschaftliche Überbleibsel zurückzuführen ist, soll eine plannmäßige Aufteilung unter die beteiligten Großmächte nach ihrer kolonialen Kraft und Fähigkeit und ihren wirtschaftlichen Bedürfnissen treten. Eine solche Verteilung auf gerechter Grundlage gibt Aussicht auf eine befriedigende Lösung des afrikanischen Problems und auf eine dauernde Befestigung der kolonialen Spannung.

Die Ablehnung des status quo ante föhrt das Verlangen in so, daß unser afrikanischer Kolonialbesitz in Zukunft größer sein muß als bisher. Dieses Verlangen leitet Dr. Solf aus dem Verhältnis der wirtschaftlichen Kraft und Leistungsfähigkeit her. Es ist sowohl vom deutschen Standpunkt als auch von dem der gesamten Weltwirtschaft aus, die eine möglichst vollkommene Nutzung aller Gebiete der Erde für die Gesamtirtschaft der Kulturböker verlangt, ein unhaltbarer Zustand, daß weit und wertvolle Gebiete Afrikas in den Händen von kleinen Staaten, wie Portugal und Belgien, sind, die weder die wirtschaftliche und kulturelle Kraft für die Erfüllung dieser Gebiete ausfüllen können, noch auch in ihren heimischen Volkswirtschaft die wirtschaftliche Notwendigkeit dazu haben. Aehnlich liegt es bei Frankreich und England. Wenn bei diesen Staaten — auch vom Gegner — die Fähigkeit und die Kraft zu kolonialer Befestigung anerkannt werden muß, so geht der Umfang ihrer Besitzungen in Afrika doch über das Bedürfnis ihrer heimischen Volkswirtschaft im Vergleich zu Deutschland weit hinaus, insbesondere, wenn man ihren Besitz außerhalb Afrikas berücksichtigt. Es wird dies am schlagendsten dadurch bewiesen, daß die französischen und englischen Kolonien für einen großen Teil ihrer Erzeugnisse vor dem Kriege Abzug bei anderen Volkswirtschaften, insbesondere bei der deutschen, suchen mußten.

Wird eine Neuauflistung Afrikas auf dieser Grundlage der Gerechtigkeit erreicht, so wird dadurch nicht nur auf kolonialpolitischem Gebiete ein Krieg widerstreitender Befreiungen befeitigt, sondern es tritt auch im allgemeinen wirtschaftlichen Wettbewerb eine Entspannung und eine Verminderung der Reibungsflächen zwischen den Großmächten ein. Mehr als dieses Programm: „Neubeteiligung Afrikas; kein status quo ante“ im Augenblick aus amtlichem Mund zu hören, wird kein einsichtiger Politiker verlangen. Einzelheiten müssen späteren Zeiten vorbehalten werden. Insbesondere wäre auch eine Festlegung auf bestimmte Gebiete Afrikas im Augenblick verfehlt. Ob der Schwerpunkt unseres Kolonialbesitzes in Zukunft in Zentralafrika oder in Ost- oder Westafrika liegt, ist tatsächlich auch eine Frage von zweiter Bedeutung. Worauf es für Deutschland in erster Linie ankommt, ist, daß seine Ansprüche auf eine angemessene Versorgung mit kolonialen Rohstoffen und Gemütsmitteln, namentlich mit Baumwolle, Wolle und sonstigen Faserstoffen, Oelzucker, Kautschuk, Katalao usw. befriedigt werden. Da dafür die verschiedensten Gebiete Afrikas die Voraussetzung bieten, hieße es nur die Hände für die Verhandlungen binden und eine entgegenkommende Berücksichtigung gegnerischer Interessen erschweren, wenn wir uns jetzt auf bestimmte Gebiete festlegen wollten.

Ob diese auf eine dauernde, koloniale Aussöhnung gerichteten Ziele beim Gegner auf Verständnis stoßen werden? Dr. Solf gibt darauf selbst die Antwort, daß er bei den jetzt in der Macht befindlichen englischen Männern nicht darauf reche, daß aber von der weiteren Ergebnislosigkeit ihrer Knock-out-Politik

einen Umschwung in der englischen Machtverteilung zu erwarten ist, die einer solchen Verständigung geneigtere Kreise ans Ruder bringen wird. Ob und wann dies eintreten wird, muß der weiteren Entwicklung der militärischen und politischen Lage überlassen werden. Den deutschen kolonialen Kreisen kann es zunächst genügen, mit Befriedigung festzustellen, daß von der obersten Stelle unserer Kolonialverwaltung Ziele vertreten werden, die — wenn sie verwirklicht werden — alle Gewähr für die koloniale Entwicklung Deutschlands geben.

Von einem Kriegbeschädigten erhalten wir folgenden

Offenen Brief an Hindenburg und Ludendorff.

Eure Exzellenzen! Man hat uns gesagt, Sie wollten Ihre Entlassung fordern. Die Nachricht ist natürlich falsch, aber viele glauben, es müsse wohl etwas Wahres daran sein, denn wo bleibt Ihr klares, einfaches Wort: „Es ist nicht wahr?“ Wissen Sie nicht, was dies Gerücht, solange Sie ihm nicht selber widersprechen, für uns bedeutet? Wir alle, Soldaten und Bürger, Männer und Frauen, haben einundvierzig schwere Monate lang durchgehalten, um den übermächtigen Feind zu besiegen. Ich brauche Ihnen nicht von den unwiderbringlichen Opfern zu sprechen, die jedes Haus für den deutschen Sieg gebracht hat. Wir waren draußen und daheim in vielen Dingen verschiedener Meinung, jeder hat geredet, geraten, wie sein Gewissen es ihm vorschrieb, — aber in einem waren wir eins: Den Feind zu schlagen! Wie viele Hunderttausende sind auf Ihr Geheiß in den Tod gegangen? Alle waren sie bis zum Tode getreu. Und nun darf man uns sagen, Ihr, unsere tapferen Führer, könnet uns im Stiche lassen! Ihr könnet uns irre machen an der Treue, die wir für das Sicherste auf der Erde hielten! Wir würden ja einmütig rufen: „Sie habt nicht das Recht, zurückzutreten, Ihr seid dem Landsturm-Mann schuldig, den Bund zu halten, den er Euch gehalten hat.“

Und was soll der Grund Eures Zurückweichens sein? Wir haben es gedruckt gelesen: „Wegen Brest-Litowf“. Das ganze Volk hat aus diesen Worten entnommen, der Grund des angeblichen Rücktritts sei, daß Ihr über die Friedensbedingungen anders denkt, als die Mehrheit des Volkes und die Regierung des Kaisers. Wir wußten bisher nicht, daß Generale das Recht in Anspruch nehmen könnten, die Politik des Reiches zu lenken. Wer sachlich recht hat, und welches der wahre Weg zu Deutschlands Größe ist, das bleibt auszumachen, aber soviel ist gewiß: Die Wehrheit reicht nicht ihren Abschied ein, sie bleibt bei der Fahne.

Die Alldeutschen jubeln: Der Sinn des Gerüchtes von dem Abschiedsgesuch Eurer Exzellenzen sei der, daß die Nation dadurch gezwungen werde, die aldeutschen Kriegsziele anzunehmen, denn sie wolle und könne ihre Heerführer niemehr entbehren. Diese Auslegung ist eine Beleidigung Eurer Exzellenzen. Pflichtgefühl und Treue verbinden uns unauffälschlich; unser Vertrauen zu Euren Exzellenzen kann nicht als politisches Druckmittel Verwendung finden. Die Alldeutschen rufen mit deutlicher Beziehung auf Eure Exzellenzen nach einem Yorck. Der eiserne Mann von Taurrogen stand auf weltgeschichtlicher Höhe, weil er seine Dienstpflicht höher stellte als den Befehl. Aber als derselbe Yorck dann in Frankreich 1814 voll Verdruck das Heer verlassen hatte, weil der schon gewonnene Krieg nicht nach seinem Sinn zu Ende geführt wurde, da zwang ihn der alte Blücher wieder auf seinen Posten zurück durch den einfachen Brief: „allter Waffengefehrte, verlassen Sie die armeh nicht, da wir an Siehl sind, ich bin sehr trant und gehe selbst so bald die Kampff vollendet.“ Laon, den 12. März 1814. Blücher. „Auch wir sind „am Ziel“, wenn wir zusammenstehen; aber wir sind wieder in alle Gefahren gestürzt, wenn ein solches Gerücht Glauben finden kann, daß die Besten mit dem Abfall den Anfang machen. Darum sage ich: Es ist nicht wahr, daß unsere Führer die alten Waffengeführten verlassen könnten!“

Der deutsche Landsturmann.

Vom Kriegswillen der Feinde.

Rostand und „Das Verbrechen von Potsdam“.

Edmon Rostand, der in Deutschland vor dem Kriege eine sehr bereitwillige Aufnahme und durchaus vorurteilslose Beurteilung gefunden hat, veröffentlicht nach dem „Echo de Paris“ vom 1. Januar in den „Lectures“ ein von läugnerischem Haß gegen uns erfülltes Gedicht „Das Verbrechen von Potsdam“. In der wort- und bildreichen Sprache, die ihm ohne Zweifel zu eigen, schildert er den sommerlichen Frieden von 1914, der der nichtsahnenden Welt jäh durch das „Verbrechen von Potsdam“ zerstört wurde. Der Kronprinz, die deutschen und österreichischen Heerführer und Staatsmänner treten in lächerlich gehässigen Worten gezeichnet auf. Die ganze Wut des Verfassers aber richtet sich gegen den Kaiser, der in Potsdam „in seinen grauen Mantel gehüllt, das Weltvolks befaßt“, um dann „auf weißem Schiff in weißem Anzug mit dem Unheil in den Sonigmund zu ziehen, die Hochzeitsreise mit der Vernichtung anzutreten.“

Man könnte diese neue Ausgeburt sinnlohen Hasses, deren Kraftstellen hier nicht wiederzugeben sind, mit lächelnd verächtlichen Lächeln bei Seite legen, wenn sich in ihr nicht der zähe Willen unserer Feinde offenbart, die mehr und mehr sich bahnbrechende Friedenssehnsucht nicht nur durch die täglichen Lügen der Tagessprecher zu bekämpfen, sondern dem Chauvinismus auch durch Haßausbrüche von tieferer und nachhaltiger Wirkung neue Nahrung zuzuführen. Die bekanntesten Vertreter der französischen Gegenwartsliteratur stellen sich dabei in den Dienst dieser Aufgabe. So veröffentlicht jetzt auch die „Revue des Deux Mondes“ einen neuen Roman von Paul Bourget, der unter dem Titel „Nemesis“ den „blutigen Kaiser“ dem vermeintlich vernichtenden Urteil der Welt vorführen soll.

Bei diesem Vorgehen handelt es sich um tatsächliche und bewußte Geschichtsfälschungen, denen die den Verfassern zugeschriebene „dichterische Freiheit“ die Möglichkeit verleiht, die niedrigsten Instinkte des Volkes zu wecken und lebendig zu erhalten.

Das Lied, das der gallische Hahn, alias E. Rostand, blind wütend in die Welt kräht, und dem den Titel eines Hintertreppenromans zu geben der berühmte Verfasser nicht unter seiner literarischen Würde fand, dürfte die rächende Nemesis finden, die Paul Bourget in der „Revue des Deux Mondes“ gegen Deutschland beschwört.

Die allddeutsche Bewegung.

Ein falscher Triumph.

Von Dr. Martin Hobohm.

Der Alldeutsche Verband röhmt sich gerne, daß er den Krieg vorhergesagt hatte. Beispieleweise wurde kürzlich bei einer aldeutschen Tagung in Mühlhausen in Thüringen, den Alldeutschen Blättern zufolge, folgender Triumph gefeiert: Der Vorsteher „wies hin auf eine Versammlung alldeutscher Vertrauensmänner, die im Mai 1914 in Mannheim stattgefunden hat und in der der Geschäftsführer des Verbandes, Freiherr von Bietighoff-Schöel, den unmittelbar bevorstehenden Weltkrieg ankündigte, während zu gleicher Zeit Prof. Onden-Heidelberg in der Vorlesung über neuere Geschichte vor einer zahlreichen Zuhörerschaft auseinandersetzte, daß wir in kurzem mit England zu einem freundschaftlichen Verhältnis kämen, daß es das Jahr 1914 sei, wo ein Vertrag mit England abgeschlossen werde, der ewigen Frieden und Freundschaft gewährleisten werde, sogar den Monat könne er nennen — es werde der August oder September sein.“ Was Prof. Onden betrifft, so hat er diese Worte nicht gesprochen; er hat aber pflichtgemäß für den Weltfrieden gearbeitet, indem er damals der ehrlichen und unbestreitbaren Auffassung Ausdruck gab, daß für England und Deutschland das Heil in der Verständigung liege, und daß man, wenn die Vernunft regiere, binnen kurzem zu einer Befestigung dieses Verständnisses kommen müsse. Umgekehrt arbeiteten die Alldeutschen durch ihr unablässiges Geschrei, der Krieg werde und müsse kommen, unmittelbar an dessen Zustandekommen mit. Der Engländer Dawson schrieb nach Kriegsausbruch: „Die Chauvinisten haben in der Tat Krieg geredet und Krieg gedacht so lange, bis sie den Krieg als unvermeidlich ansahen; und von der Auffassung, er sei unvermeidlich, bis zu dem Wunsch, in ihn einzutreten, sobald die Bedingungen günstig schienen, war nur ein kleiner Schritt vorwärts auf dem Pfade, der abwärts führt, ein Schritt, der sich unter dem Gesichtspunkte der Logik wie des Vorteils gleichermaßen leicht rechtfertigen ließ.“ Lloyd George hat im Jahre 1910 in Bezug auf die englischen Chauvinisten das Wort geprägt: „Männer, die von unvermeidlichen Kriegen sprechen, sind diejenigen, die die Kriege machen.“ Diese gegen ihre englischen Partner gerichtete Kritik haben die Aldeutschen Blätter am 18. Oktober 1914 wieder abgedruckt und als richtig unterschrieben. Sie zitierten beifällig die Daily News von 1910, die Balfours Handlungswweise „schauerlich gewissenlos“ und „unglaublich niedrig“ nannten und von ihm sagten, „er tut mit letzter Überlegung, die seine Heuchelei nur schlecht verbirgt, alles, um in seinen Kräften steht, um einen deutsch-englischen Krieg wahrscheinlich, anstatt unmöglich zu machen.“

Es ist ein billiger Triumph, den Krieg solange als notwendig zu bezeichnen, bis er kommt, und dann sich zu rühmen, daß man ihn angekündigt habe. Der in Mühlhausen herangezogene Vergleich spricht nicht für den Aldeutschen Verband, sondern für den bekannten Professor Onden.

Gegenüber. Der Pariser Korrespondent der Baseler Nachrichten schreibt, man sei in Paris überzeugt, daß, wenn der Friede von Brest-Litowf ein allgemeiner würde, er die deutsche Hegemonie nicht bloß über Europa, sondern über den ganzen Erdball besiegen würde. Er läuft einer Abdankung der Entente gleich.

Die Aldeutschen Blätter aber schreiben zu denselben Verhandlungsdokumenten, die sie „die Trauernachrichten aus Brest-Litowf“ nennen, es stünde darüber für unser Volk „das verzweifelnde Wort aus dem Faust: „Entbehren sollst du, sollst entbehren“. Die Russen und die übrigen Entente-Mächte würden den Frieden doch hoffentlich nicht annehmen? „Gnade uns Gott, wenn sie es täte!“

Es ist ein sonderbarer Widerspruch zwischen den Sorgen der Chauvinisten drüben und der Chauvinisten hier. Beide sehen sie den Frieden von Brest-Litowf als die äußerste Bedrohung an. Gewiß ist nur, daß unsere Minister einen Frieden solchen Stils für annehmbar halten, während Lloyd George und seine Kollegen ihn weit von sich abweisen. So vorteilhaft für die Entente kann dieser Friede unmöglich sein. . . .

Die Kriegsziele der Vaterlandspartei. In Naumburg haben die deutsche Vaterlandspartei und der Aldeutsche Verband, ihre Zusammengehörigkeit nicht weiter verhüllend, unter dem Einfluß des aldeutschen Führers General von Liebert ein vollständiges Annexionssprogramm verabschiedet (Aldeutsche Blätter, 5. 1. 18). Die politische Geschicklichkeit der Aldeutschen, alle erreichbaren Leute vor den Kopf zu stoßen, feiert da wieder ihre Triumphe, zum Beispiel, wenn die Forderung von Bries und Longwih damit begründet wird, daß sie „zur Durchführung eines modernen Krieges unbedingt nötig“ seien. Der Kernpunkt bleibt natürlich immer Belgien. Die Aldeutschen fordern wieder „die militärische, wirtschaftliche und politische Oberhoheit über Belgien, den Besitz der flandrischen Küste als unerschopfbar Operationsbasis für unsere Flotte in etwaigen künftigen Kriegen“. Das ist ein sanfter Ausdruck für die Wahrheit, die der Aldeutsche Verband früher unumwunden dahin hat formulieren lassen, daß der Besitz jener Küste uns alle westlichen Nachbarn „militärisch für immer in die Hand“ geben würde. Das ist der Weltherrschaftsplan, dessen Verfolgung Deutschland zum Todfeinde der übrigen Menschheit machen und seinen raschen Untergang herbeiführen würde. Die Vaterlandspartei aber erklärt in ihrem Aufruf, sie sei nicht aldeutsch!

„Germanennot“. Folgender Aufruf findet sich im Anzeigenteil der „Deutschen Zeitung“ (Nr. 9 vom 5. 1. 18):

„Orde n.“

„Deutschnationale Männer und Frauen von edler germanischer Rasse und aristokratischer Denkungsart, welche einem streng germanischen Orden angehören wollen, mögen vertraulich und Blutsbekenntnis der Anzeigenabteilung 503 dieser Zeitungsgeschäftsstelle unter „Germanen-Not“ einreichen. Fester denn je müssen sich alle noch blutsden Deutschen zusammenschließen, Neugierige, Weltbürger bzw. Demokraten aber mögen fernbleiben.“

Blutsbekenntnis.

Unterzeichneter versichert nach bestem Wissen und Gewissen, daß in seinen Adern nur arisch-germanisches Blut fließt.“

Da die wahrhaft „blutsden“ Germanen in unserem fernjungen deutschen Volke sicherlich höchstens nach einigen Dutzenden zählen, so stellt dieser Rassenhochmut, der auch alle Weltbürger und Demokraten als minderwertig ablehnt, eine Verächtlichmachung und Beschimpfung unseres in den Stürmen des Weltkrieges doch wahrlich bewährten Volkes dar.

Deutsche Korrespondenz

Begründet von Martin Wenck im Jahre 1916

Herausgeber u. verantwortl. Redakteur Dr. Martin Hobohm, Charlottenburg 1, Königin-Luisestr. 11

Fernsprecher: Wilhelm 1293 / Postscheckkonto: Berlin 36570

Erscheint einmal wöchentlich. Den Zeitungen wird die Korrespondenz auf Verlangen unentgeltlich zugestellt, und zwar außer in den Großstädten nur je einer Zeitung der Stadt. Der Abdruck geschieht honorarfrei gegen Einsendung eines Beleges. Durch die Post oder durch den Herausgeber bezogen vierteljährlich 1,50 M. ausschließlich Bestellgeld.

Einzelnummer 10 Pfennig.

1918

17. Januar

Nr. 3



Die alldtsche Bewegung.



Der Hubertusburger Friede.

Von Hans Delbrück.

Seitdem der Gedanke des Verständigungsfriedens aufgetaucht ist, wird von seinen Verteidigern gern darauf hingewiesen, daß schon einmal in der deutschen Geschichte ein Krieg, der im Strahlenglanz des höchsten Ruhmes vor unseren Augen steht, ohne Eroberung und überhaupt ohne äußeren Erfolg abgeschlossen hat, nämlich der Siebenjährige. Gegen diese Auffassung wendet sich neuerdings Professor Dietrich Schaefer und erläutert, Preußen habe den Hubertusburger Frieden zwar überwunden können, das Deutsche Reich aber sei verloren, wenn es aus diesem Kriege ohne Machtzuwachs hervorgehe. Professor Schaefer glaubt, daß die Lage des heutigen Deutschen Reiches viel ungünstiger sei, als einst die des fridericianischen Preußen, denn das Deutsche Reich grenze an drei neidische Großmächte: Russland, Frankreich und England (die es absperren könnten). Preußen sei nur einer Großmacht, Österreich, unmittelbar benachbart gewesen, und die große Koalition sei (angeblich) nicht durch sächsische Gründe zusammengeführt, schon während des Siebenjährigen Krieges wieder zerfallen. Wenn Deutschland sich also nicht jetzt durch die Friedensbedingungen schüre, so sei „sein Untergang besiegt“; die Gegner „brauchten nur einen günstigen Augenblick abzuwarten, um uns gefahlos niederguzwingen.“

Wie der deutsche Patriot nach den Erfahrungen dieses Krieges noch in der Kleingläubigkeit leben kann, daß unsere Gegner nur einen günstigen Moment abzuwarten brauchten, um uns gefahlos niederguzwingen, möge Herr Professor Schaefer mit sich selber abmachen. Daß die Koalition gegen Friedrich schon während des Krieges zerstört (freilich erst im letzten Jahre, 1762), ist richtig; daß das als ein befürderer Vorzug Friedrichs dargestellt wird, ist wohl nur so zu erklären, daß diese Sätze zwar jetzt erst gedruckt, aber geschrieben wurden, ehe Russland seine Verbindung mit der Entente gelöst hatte. Zedenfalls dürfen wir heute ganz im Gegensatz zu Professor Schaefer sagen, daß in dem Absatz Russlands von den Westmächten eine neue Aehnlichkeit mit dem Siebenjährigen Krieg zutage getreten ist, und Professor Schaefer war als Politiker recht unvorsichtig, als er hier einen Unterschied konstruierten wollte. Lassen wir aber den Politiker Schaefer ebenso auf sich beruhen, wie den Patrioten, und wenden uns zu dem Historiker. Ist es wirklich wahr, daß das Preußen des Hubertusburger Friedens günstiger dastand, als heute das Deutsche Reich? Was hat es zunächst mit der Rechnung auf sich, daß Preußen damals nur an eine Großmacht grenzte, die ihm feindlich gefinnt war, das heutige Deutsche Reich aber an drei? Richtig gesäßt, muß der Vergleich lauten: Preußen grenzte damals an zwei Großmächte, das heutige Deutsche Reich grenzt an vier; damals war bald England, bald Frankreich, bald Russland mit Preußen verbündet, heute können wir uns nur auf Österreich verlassen. Ist aber Preußen dadurch, daß es keine direkten Interessentenkonflikte mit Frankreich und Russland hatte, vor deren Angriff geschützt worden? War es nicht vielmehr für die Russen und Franzosen im Siebenjährigen Krieg sogar ein Vorteil, daß jene das ohnmächtige Polen, diese die ohnmächtigen deutschen Kleinstaaten als Basis für ihre Operationen benutzen konnten? Durfte ein Historiker das übersehen? Aber mehr als das. Das damalige Preußen hatte überhaupt noch kein zusammengeschlossenes geographisches Gebiet. Ostpreußen war von den Kernländern durch das politische Westpreußen getrennt; die rheinisch-westfälischen Landesstaaten waren völlig isoliert, Schlesien hing mit Brandenburg nur durch einen engen Hals zusammen. Das feindlich gesinnste Sachsen, damals noch doppelt so groß wie heute, war mit seiner Nordgrenze stellenweise nur 6–7 Meilen von Berlin entfernt. Ein solcher Staat soll in einer günstigeren Lage gewesen sein, als heute das Deutsche Reich? Preußen bestand eigentlich nur aus einzelnen Gebietsbezügen, die von den äußersten Ost- bis zur äußersten Westgrenze Deutschlands verstreut waren. Dieser Staat soll der geographischen Abrundung und Auffüllung weniger bedurft haben, als heute das Deutsche Reich einer Vorschiebung seiner Grenzen? War nicht Friedrich sich so sehr der

Notwendigkeit einer Grenzverbesserung bewußt, daß er sogar bereit gewesen wäre, sein Ostpreußen gegen Sachsen zu vertauschen? Mag es wahr sein, daß das heutige Deutsche Reich eine noch viel größere Eifersucht erregt, als die im 18. Jahrhundert aufstrebende Mittelmächte Preußen, wobei das nicht hundertfältig aufgehoben durch unsere geographische und nationale Geschlossenheit? Hat Professor Schaefer das alles garnicht bedacht? Es ist klar: Professor Schaefer, der „Vorsitzende des unabhängigen Ausschusses für einen deutschen Frieden“, ist mit dem Historiker Professor Schaefer durchgegangen. Der leidenschaftliche Wunsch nach Eroberungen, der heute so viele Gemüter erfüllt, hat ihn so sehr verblendet, daß er als Patriot in die schwämmtige Vorstellung von der deutschen Verteidigungskraft verfiel, als Politiker den Absatz Russlands von der Entente in Rechnung zu stellen vergaß und nun gar als Historiker die Tatsachen auf eine wirklich grausame Weise mißhandelte.

Ich habe geglaubt, diese Entgleisung eines angesehenen Gelehrten aufdecken zu müssen, weil der Vorgang als indirekter Beweis dienen kann, wie mangelsart es mit den Gründen der Verteidiger des Friedensfriedens bestellt ist. Auch der klügste und Gelehrteste ist außerstande, gute Gründe anzuführen für eine schlechte Sache. Professor Schaefer konnte darin nicht mehr leisten, als etwa Graf Neumann, weil es nämlich nicht wahr ist, daß Deutschland für seine Sicherheit und für seine Zukunft der Eroberungen bedürfe. Im Gegenteil: Deutschland steht so groß und mächtig da, daß es eben deshalb nicht Eroberungen braucht, sondern bloß Kolonien, Siedlungsland und Freiheit des Meeres. Das ist das wahre Kriegsziel, und hier liegt auch der wahre Unterschied zum Frieden von Hubertusburg. Schon dieser Friede, einer überwältigenden Koalition abgerungen, war Preußens Ruhm und Preußens Größe, obgleich er ohne jede Erwerbung abschloß. Die Verteidiger des Verständigungsfriedens haben aber neben dem Kolonialbesitz eine Erwerbung von ganz überragender Bedeutung im Auge: das ist das Gleichgewicht zur See, das man auch nennen kann: die Freiheit der Meere.

Die Kriegsverlängernde Wirkung der alldtschen Drohungen. Die Drohungen der alldtschen Presse mit der Revolution, die nicht erst während des Krieges und zugunsten der alldtschen Kriegsziele eingezogen haben, nehmen täglich den Charakter einer zu allem entschlossenen Fronte an. Die „Deutsche Zeitung“ (14. 1. 18) erklärt soeben wieder, „daß ein Frieden auf der von unseren Unterstützern in Preußen verfürbten Grundlage ohne Annexions und ohne Entschädigungen natürlich unwendig zur Revolution führen müßt“. Das ist ein freiboles Spiel, gegen welches im Staatsinteresse mit aller Deutlichkeit Front gemacht werden muß. Wir fürchten zwar keine Revolution, am allerwenigsten eine solche gegen einen Verständigungsfrieden. Aber damit ist die Sache nicht abgegan und der angerichtete Schaden nicht wettgemacht. Der eigentliche Nachteil, den uns solche Freiwilligkeiten bringen, ist die Kriegsverlängerung; denn das Studium der ausländischen Presse zeigt nur allzu anschaulich, daß nichts den feindlichen Kriegswillen mehr stärken kann, als die Hoffnung, die alldtsche Opposition gegen den Kaiser werde die Einigkeit des deutschen Volkes untergraben und unmittelbar oder durch den notwendigen Widerbruch der breiten Volksrichten gegen diese Schärfsmacherei schließlich zur Revolution führen. Man lese folgende Proben: „In dem französischen Felsen, nicht etwa im Vierverband zeigen sich Risse“ (Dépêche de Toulouse). Schon zu Bethmanns Zeiten hieß es: „Mit derselben Freude, mit der man die glücklichen Resultate der Gefamtoffensive der Alliierten vernimmt, hört man von dem alldtschen Kampf gegen den Reichskanzler.“ Der uns ungünstig gesinnste Schweizer Maurice Muret erklärt den Kriegsausbau so: „In seinem Buch „Wenn ich der Kaiser wär“ drohte Herr Daniel Fröhmann (in Wahrheit Heinrich Claf) Frage der Schriftleitung, dem Kaiser mit der Revolution im Innern, wenn er sich weigerte, dem Alldtschthum in dessen gefährlicher Politik nach außen Gefolgschaft zu leisten. . . In der Atmosphäre von überlistetem Chauvinismus, in der Deutschland lebte, war es kaum noch möglich, ihr (der alldtschen Presse) Widerstand zu leisten. Wilhelm II. und seine Minister wachten ihren Schritt dem Verbande an und ließen sich von ihm führen, bis zum Kriege.“ Gerade das gibt dem Echo der alldtschen Bewegung jenseits der Front so große innere Kraft, daß ihr Einfluß in Deutschland seit einem Menschenalter den Völkern als in folgerichtiger Steigerung bis zu dem Punkte hin dargestellt werden kann, wo die Alldtschen nun drohen, gewaltsam das Ruder des Staates in ihre Hand

zu nehmen. Der verhältnismäßig gemäßigte Historiker Ernest Denis malt den Zusammenhang im Jahre 1915 ähnlich wie Muret, und sein Buch über den Krieg ist wohl das angesehenste in Frankreich: „Zwei Politiken im Widerstreit: der Kaiser, friedlich, loyal, fremdes Recht achtend; die Alldtschen, arrogant, aggressiv und ausschweifend; die Geschichte der Regierung drückt sich in dem Kampf zwischen diesen beiden Tendenzen aus bis zu der Stunde, wo der Widerstand des Herrschers erlahmt und wo er dem entsetzten Strom weichen muß.“ Ein der „Oxford Pamphlet“ erklärt: „Der Alldtsche Verband hat das Ideal des Angrißkrieges in Deutschland heimisch gemacht und hat über die geschriebene Verfassung triumphiert, welche die höchste Gewalt des Landes Wilhelm dem Friedfertigen vorbehält. Ob dieser Geist nun im heutigen Kriege Erfolg hat oder sich eine Niederlage holt, — es ist schwer, sich vorzuhaben, daß eine Kaiserherrschaft von den Deutschen wieder erragen werden wird.“

Für die feindlichen Chauvinisten verbinden sich mit diesen wirklichen oder angeblichen Hoffnungen zwei willkommene Ausichten: entweder die alldtschen Scharfmacher treiben es in Deutschland wirklich zum Bruch, und Deutschland kraft wird durch innere Wirren gelähmt; oder aber die Alldtschen kommen wirklich zur Regierung, und Deutschland läßt sich auf die Bahn des Kriegs- und Weltkriegspolitik drängen; dann wird es ebenfalls leicht sein, die übrigen Weltmächte, einschließlich der heutigen Verbündeten Deutschlands, zum Dauerkampf gegen diesen Störenfried zusammenzuschließen, bis er zerschmettert ist. Das sind die Früchte alldtscher Staatskunst.

Wie die Alldtschen den Krieg ersehen. Die Alldtschen Blätter (12. 1. 18) wenden sich gegen den Abgeordneten Neumann-Höfer, der in der Lippeischen Landeszeitung unter anderen alldtschen Stimmen auch die Erklärung des Verbandes vom 3. August 1914 angeführt hat: „Die Stunde haben wir erreicht — unsere Freunde wissen es“. Herr Neumann-Höfer wird ein Vorwurf daraus gemacht, daß er den Tag nicht in seinem vollen Zusammenhange abgedruckt habe. Dagegen könnte zunächst geltend gemacht werden, daß es sich für Herrn Neumann-Höfer darum handelt, anschaulich zu machen, wie das feindliche Ausland aus den Veröffentlichungen der Alldtschen das Material entnehmen kann, um Deutschland zu verleumden. Die feindlichen Kriegsfeinde aber kümmern sich keineswegs um den Zusammenhang der Äußerung, die sie brauchen können. Da die Alldtschen Kriegspolitik machen, so müssten sie auch damit rechnen, daß ihre Schriften vom Feinde ausgenutzt werden würden, und müssten sich dementsprechend vorsichtig benehmen; taten sie das nicht, so entbehren sie der einfachsten staatsmännischen Voraussicht und hätten die Hände von der Politik lassen sollen. Eben das wollte Herr Neumann-Höfer hervorheben.

Aber der Alldtsche Verband wird durch den Zusammenhang, in dem jenes Wort steht, in Wirklichkeit sogar doppelt belastet, und darum war es eher eine Schonung, wenn dieser Zusammenhang nicht vollständig wiedergegeben wurde; aus dieser Unterlassung kann also Herr Neumann-Höfer nichts weniger als ein Vorwurf gemacht werden. Der Zusammenhang ist nämlich der, daß die Alldtschen Blätter am 3. 8. 14 erklärten, sie hätten den Krieg herbeigewünscht, weil sie von ihm erwarteten, daß er „Rettung und Segen bringen“ werde. Rettung aus welcher Not? — Aus der Verderbung unseres Volkes durch den allzu langen Frieden! Unser Volk hätte also den Krieg gebraucht, wenn es nicht littlich untergehen sollte! Ist es nicht die ungeheureliche Verwirrung aller Begriffe, daß die Alldtschen diese Tollheit damals auszusprechen und heute zu wiederholen magten? War das Volk, das an jenem 3. August 1914 seinen Grenzen zielte, etwa wirklich innerlich verborben? War aber diese Voraussetzung falsch, so war es ein nur um so größeres Verbrechen, den Krieg, die furchtbare Gefahr für das Reich, um einer so falschen Voraussetzung willen „herbeizuhören“ und an seinem Zustandekommen mitzuwirken, wie es die Alldtschen getan haben. Wir kannten diese Tonart schon lange vor dem Krieg, und die feindlichen Chauvinisten kannten sie auch und benutzten sie. In einem ganz ähnlichen Zusammenhang schrieben die Alldtschen Blätter zum Sedantag 1912: „Hat einer, der die Entwicklung seit dem Tage von Sedan im Deutschen Reich erlebt hat, den Mut, zu wünschen, daß wir nach dem Frankfurter Frieden mit dem besiegierten Gegner zu einem Verhältnis dauernden Eintracht gekommen wären? Kann einer im Ernst wirklich wünschen, daß England die früher gehabte Freundschaft für unser Volk wirklich empfindet?“ Heißt das etwa nicht für den Krieg arbeiten? Unser Volk kann nicht ernst und entschlossen genug dafür sorgen, daß diese Treibreien aufhören, welche es wider Wissen und Willen zu den Mischuligen am Völkerzwist machen.

Endlich noch eins. Woher nimmt der Alldtsche Verband die Sturz, anderen Leuten vorzuwerfen, daß sie fremde Worte aus dem Zusammenhang reißen? Bildet er sich wirklich ein, die Öffentlichkeit wisse noch nicht, mit welcher Gewissenhaftigkeit er seinerseits dies unedle Kampfmittel zu seinem täglichen Handwerkszeug gemacht hat? Wie er in diesem Vertrag zum Beispiel mit Bethmann Hollweg umgegangen ist, das steht doch noch gar zu deutlich vor dem öffentlichen Gedächtnis. Der Verband prüfe einmal seine Alldtschen Blätter auf seine Taktik gegen seine sämtlichen innerpolitischen Gegner nach (den Anfang mag er beispielshalber mit Hans Delbrück oder Martin Hobohm machen), und er wird Grund finden, zu schweigen. Hat doch kürzlich das Verbandsmitglied August Eigenbrodt mit seinem Buch „Berliner Tageblatt und Frankfurter Zeitung in ihrem Verhalten zu den nationalen Fragen 1887 bis 1914“ aus dieser Kampfesweise System gemacht und sie auf eine Spur getrieben, die allen künftigen Zeiten ein Wunder politischer Entstehungskunst bleiben wird. Und diese Leute werden einem freimütigen Reichstagabgeordneten „Fälscherkunststück“ „altz geheimdeide Tajtspielerjinger“ vor und wagen ihn einen „Parteikopfsteher“ zu nennen!

Vom Kriegswillen der Feinde.

Von berufener Seite wird uns geschrieben:

Unterstellungen. Die Erkenntnis, daß die Kriegsbegeisterung in Australien immer mehr nachzulassen beginnt, veranlaßt England, Australien mit der Drohung weitgehender Annexionspläne Deutschlands in Australien und der Südsee zu schrecken, um der öffentlichen Meinung ein eigenes, australisches Interesse an der Kriegsbeteiligung vorzutäuschen. Nach den zu uns gelangenden Presseäußerungen beschäftigt sich die öffentliche Meinung in Australien sehr angelebt mit dem deutschen Kolonialproblem. Hughes, der bisherige australische Ministerpräsident, der durch die Ablehnung der australischen Wehrpflichtvorlage zum Rücktritt gezwungen worden ist, hat kürzlich behauptet, daß Deutschland, wenn es Sieger wäre, von Australien, Neuseeland und dem Stillen Ozean soviel nehmen würde, als es brauchte. Australiens Stellung zum Frieden müsse durch diese Gefahr bestimmt werden. Australiens Unabhängigkeit, nationales Interesse, politische Freiheit, wirtschaftliche und industrielle Interessen würden dann von Deutschland maßgebend beeinflußt werden.

Von keiner deutschen, maßgebenden Stelle aus und — sonst — auch sonst niemals in der deutschen Öffentlichkeit sind Annexionen in Australien oder der Südsee verlangt oder befordert worden. Wir wollen in der Südsee nur unsere alten Kolonien zurück haben, was der Staatssekretär des Reichskolonialamts Dr. Solf vor kurzem in seiner Berliner Rede betont hat. Unsere über den alten, deutschen Kolonialbesitz hinausgehenden kolonialen Ansprüche haben sich immer und ausdrücklich nur auf Afrika gerichtet. Diese böswilligen Unterstellungen, mit denen die australische öffentliche Meinung irrgeschäfert und weiter für den Krieg begeistert werden soll, müssen daher mit Nachdruck zurückgewiesen werden.

Hass und Handel. Die Unterredung, die Dr. Helfferich dem Vertreter des „Neuen Tagblatts“ gewährte, findet jetzt ihr Echo in der französischen Presse. Die Forderung Helfferichs, nach dem Friedensschluß dem freien Handelsverkehr wieder Geltung zu verschaffen, wird dabei als vollständig aussichtslos hingestellt, denn selbst, wenn es Deutschland „durch den Zwang der Waffen“ möglich sein würde, bei den Friedensverhandlungen günstige Handelsverträge zu erzielen, so würde der tiefschlägige Hass, den die deutschen Greuel in allen Schichten der Bevölkerung der übrigen Staaten hervorgerufen hätten, deren Wirkung aufheben. „Denn“, so fügt das „Echo de Paris“ (4. 1. 18) hinzu, „durch viele Generationen hindurch wird der deutsche Name ein Gegenstand des Abscheus bleiben und die Erinnerung an den verrucht-grauenen Krieg, den die Soldaten des Kaisers gegen die Menschlichkeit führen, wird die Vernichtung Deutschlands vollenden. Die Erinnerung wird stärker sein als der enge Egoismus der Beträucher, auf den die Handelsherren der Boches rechnen, um die wirtschaftlichen Beziehungen mit den Entzentländern wieder anzuknüpfen.“

Die „deutschen Greuel“ sind also zu Allem zu gebrauchen, auch dazu, den Willen zum Wirtschaftskrieg in die breiten Massen zu tragen. Die Franzosen vergessen dabei nur, daß sie am wenigsten dazu berechtigt sind, sich über die läufigen Darstellungen angeblicher deutscher Schändlichkeiten zu entrüssten. Ein Blick auf die Geschichte Frankreichs lehrt, mit welcher unsagbaren Entmenschlichkeit seine eigenen Heere in den von ihnen besetzten Ländern gewütet haben. Dr. Julius Kellers wertvolle Schrift „Französische Menschlichkeit“ (Verlag G. Kiepenheuer in Weimar) entrollt vor ihr, auf Grund geschichtlicher Belege, ein so furchtbares Bild, daß, so erschütternd diese Zusammenstellung wirkt, ihre Kenntnisnahme doch dringend zu empfohlen ist, um bei uns die Erinnerung wach zu halten an die französische „Menschlichkeit“, die das Heidelberger Schloß zerstörte, Mannheim verbrannte, die Kaisergräber im Dom zu Speyer schändete und unter Napoleon in Lübeck wütete Orgien und Grausamkeiten jeder Art beging. Wir wollen auch nicht vergessen, was untreue Gefangenen in Nordafrika erduldeten, wie schmälich unsere Kranenkrieger behandelt wurden. Eine Nation, in der unter glänzender Oberfläche die brutalsten Instinkte schlummern und in sadistischen Grausamkeiten jeder Art beginnen. Wir wollen auch nicht vergessen, was unter Gefangen in Nordafrika erduldeten, wie schmälich unsere Kranenkrieger behandelt wurden. Eine Nation, in der unter glänzender Oberfläche die brutalsten Instinkte schlummern und in sadistischen Grausamkeiten jeder Art beginnen. Wir wollen auch nicht vergessen, was unter Gefangen in Nordafrika erduldeten, wie schmälich unsere Kranenkrieger behandelt wurden. Eine Nation, in der unter glänzender Oberfläche die brutalsten Instinkte schlummern und in sadistischen Grausamkeiten jeder Art beginnen.

Hass und Wandel sind ein schlechtes Gespann. Blinde Wut und tiefe, weitsichtige Verehrung können nicht zusammen an einem Strange ziehen; darüber werden die französischen Kaufleute und Verbraucher sich selbst klar sein. Darum glauben wir nicht an die Durchführbarkeit jener Drohungen. Aber mag man auch versuchen, sie zu verwirklichen: Viel größer noch ist die Wichtigkeit der sittlichen Auseinandersetzung zwischen den Völkern. Und da sind wir des Endes durch unser gutes Gewissen vollends sicher. Wir haben die Waffen in der Hand und werden sie brauchen: von allen Völkern der Entente gilt, was der Historiker Martin Hobohm in seinem Geleitwort zu der Kellerschen Schrift von Frankreich sagt: „Sie zwangen uns zu Gegenangriffen, sie wollen, daß wir statt erlogener Verbrechen begangenene dem wohltätigen Dantel der Vergangenheit entreissen und die große Nation wieder an den Pranger stellen, den sie nur bant der Nachsicht ihrer Nachbarvölker verlassen durften.“